

AKTUELL

**Demonstration führt
zum Erfolg!
178
Stellenhebungen
sind durch den
Haushalt
beschlossen!**

Mit Musterklagen begehrt der dbb landesbund niedersachsen die Feststellung, dass die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten ab dem Jahre 2005 keine amtsangemessene Alimentation erhalten. Auslöser für die Klagen war letztendlich die Streichung des sog. Weihnachtsgeldes.

Kolleginnen und Kollegen, die bisher keinen Widerspruch gegen ihre Besoldung eingelegt haben, sollten für das Jahr 2008 dieses nachholen. Einen entsprechenden Musterwiderspruch finden Sie in Ihrem Ortsverband und auf unserer Homepage (www.dstgnds.de) im Geschützten Mitgliederbereich.



dbb Großdemo in Hannover



Beamte gehen für mehr Geld auf die Straße

Der dbb niedersachsen hatte die Mitglieder der niedersächsischen dbb-Gewerkschaften und Verbände zu einer Demonstration am 13. November 2008 aufgerufen.

Beamte aus ganz Niedersachsen sind diesem Aufruf gefolgt und haben in Hannover für eine bessere Bezahlung demonstriert und ihrem Ärger über die Landesregierung Luft gemacht. Die etwa 3000 Polizisten, Lehrer, Steuerbeamten sowie Beschäftigte aus allen Bereichen der Verwaltung protestierten vor allem gegen die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Die Teilnehmer zogen in einem

eindrucksvollen Demonstrationzug vom Steintor über die Kurt-Schumacher-Straße und Hauptbahnhof zur Kundgebung auf den Opernplatz. Die Teilnehmer, darunter wie immer unübersehbar auch die Kolleginnen und Kollegen der DSTG, verschafften sich auf dem Opernplatz mit Rasseln und Trillerpfeifen Gehör, Buhrufe und Pfiffe gab es während der Rede des dbb-Vorsitzenden Friedhelm Schäfer für Finanzminister Möllring und Ministerpräsident Wulff.

Friedhelm Schäfer erinnerte daran, dass in keinem anderen Bundesland Beamte seit 2003

Aus dem Landesvorstand

so viele Einbußen hätten hinnehmen müssen wie in Niedersachsen. Seit 2002 habe das Land Niedersachsen insgesamt 3,5 Milliarden Euro durch Kürzungen bei den Beamten eingespart. Die Haushaltskonsolidierung sei überwiegend von den Beamtinnen und Beamten geschultert worden. Das habe inzwischen zu einem gerichtlich bestätigten Besoldungsrückstand von acht Prozent geführt.

Der Protestzug setzte sich anschließend über die Karmarschstraße hin in Sichtweite (ohne Verletzung der Bannmeile) des Landtags. Während des Marsches verteilten die Kolleginnen und Kollegen der DSTG einen Flyer mit der Überschrift „Hattu Möhrchen“ an die Passanten, um auf die Gründe für die Demo hinzuweisen. In der Nähe des Landtags machten die Vorsitzenden der Deutschen Justiz Gewerkschaft, der DSTG, des Philologenverbandes und der DVG nochmals deutlich, wie unanständig, ungerecht und nicht hinnehmbar das Verhalten der Landesregierung sei. Mit eindeutigen Worten hat unser Vorsitzender, Dr. Thorsten Eichenauer, dem Ministerpräsidenten die Leviten gelesen. Die Beamtenschaft lebt immer noch im Land des Schwächelns, während der Ministerpräsident Niedersachsen als das Land des Lächelns hinstellt. Die Ansprache unseres Vorsitzenden wurde von allen Teilnehmern immer wieder von Beifallskundgebungen begleitet, weil er ihnen aus der Seele gesprochen hat.

Vertreter der Landtagsfraktionen hatten Gelegenheit, zu den Forderungen Stellung zu nehmen. CDU und FDP brachten nichts Neues - Haushaltskonsolidierung hat Vorrang - SPD und Die Linke hatten Verständnis und wollen sich für die berechtigten Belange der Beamten einsetzen. Die Grünen waren nicht erschienen. Finanzminister Hartmut Möllring verwies darauf, dass Besoldungsfragen der Beamten erst auf der Tagesordnung stehen, wenn in 2009 die Tarifverhandlungen abgeschlossen seien. Diese Aussage wurde mit wütenden Protesten begleitet, denn es besteht kein logischer Zusammenhang zwischen Tarifverhandlung und Besoldung. Die Ergebnisse der letzten Tarifverhandlungen sind eben nicht auf die Beamten übertragen worden. Zum Abschluss der Kundgebung überreichte der dbb-Vorsitzende Friedhelm Schäfer den Vertretern der Fraktionen jeweils eine Chronik des Leidens.

Ein herzliches Danke an alle DSTGler, die durch ihre Teilnahme dazu beigetragen haben, dass die vom dbb kurzfristig angekündigte Demonstration so beeindruckend durchgeführt werden konnte. **Auf die DSTG ist eben Verlass!**

Jürgen Hüper, DSTG Ehrenvorsitzender

Aus der DSTG Jugend

Herbstseminar vom 30.10.-01.11.2008 in Bremen

Beamter und wie geht's jetzt weiter? - Unter diesem Motto stand das diesjährige Herbstseminar, das wieder in der Jugendherberge direkt an der Schlachte in Bremen stattfand.

Die 20 Teilnehmer aus ganz Niedersachsen beschäftigten sich am ersten Tag mit allgemeinen gewerkschaftlichen Themen, wie dem Aufbau der DSTG und des dbb, der Bundessteuerverwaltung und dem Projekt KONSENS. Abends ging es dann zu einer Besichtigung der Brauerei Beck und Co., die mit einem „kleinen“ Biertest endete. Am Freitag wurden in kleinen Gruppen unterschiedliche Themen (Beihilfe, Besoldung, Alimentation, Beurlaubungsmöglichkeiten, Teilzeit, Elternzeit, Aufstieg, Beurteilung und Beförderung) vorbereitet, um sie dann der gesamten Gruppe vorzustellen. Die Ergebnisse wurden am Freitagabend und am Samstagvormittag vorgestellt. Zum Abschluss berichteten Peter Pforr, Henriette Schmager, Sonja Paetsch und Franca Wölms aus der Arbeit des Geschäftsführenden Vorstands und des Landesvorstands.

Das Herbstseminar kann die Landesjugendleitung wieder als Erfolg verbuchen, und wir freuen uns auf das **nächste Herbstseminar vom 29.10. bis zum 31.10.2009 in Bremen.**

Ute Wellkamp, DSTG Landesjugendleiterin

Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendam 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. (C) 2008 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

unser Einsatz - die eindrucksvolle Demonstration des dbb niedersachsen und seiner Mitglieds-gewerkschaften - hat sich gelohnt. Mehr als 3000 Angehörige des öffentlichen Dienstes aus ganz Niedersachsen, Vertreterinnen und Vertreter aller Verwaltungen, haben Flagge gezeigt. Unsere DSTG war besonders stark vertreten. Ich danke unseren Mitgliedern, die an der kurzfristig anberaumten Demonstration teilgenommen haben. Viele haben private Termine verschoben, um für unsere gemeinsamen Interessen zu kämpfen. Anfang November sah es noch so aus, als würde der öffentliche Dienst im Jahr 2009 ausschließlich als Sparschwein behandelt. Ihr Engagement, liebe Kolleginnen und Kollegen, überzeugte die Politikerinnen und Politiker, etwas für die Beamtinnen und Beamten tun zu müssen. Ein erfreuliches Stellenhebungsmodell für 2009 ist unser Erfolg. 178 Stellenhebungen, also 178 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten verteilt auf alle Laufbahnen, sind das gute Ergebnis unseres Engagements.

Eine beachtliche Demonstration ganz anderer Art veranstaltete der dbb niedersachsen Ende November. In Braunlage fand die Klimatagung „WIR Wissen, Information, Recht“ statt, zu der Friedhelm Schäfer den Präsidenten und Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes, den Chef der Staatskanzlei, unseren früheren Staatssekretär Dr. Hagebölling, den Innenminister und unsere Staatssekretärin Frau Hermenau, Abgeordnete aller Fraktionen, führende Vertreter der Verwaltung und zahlreiche Gewerkschaftler begrüßen konnte. Unter anderem waren die Vorsitzenden des Beamtenbundes in Baden-Württemberg, Stich, und Bayern, Habermann, erschienen. Während die niedersächsischen Politikerinnen und Politiker sich zum Gesetzentwurf eines niedersächsischen Beamtengesetzes und zu Überlegungen zum niedersächsischen Besoldungs- und

Versorgungsrecht äußerten, stellten Vertreter der bayerischen und baden-württembergischen Ministerialverwaltung die Rechtsentwicklung in ihren Ländern dar. Als Ergebnis ist festzuhalten, die Föderalismusreform zeigt die von uns befürchtete Wirkung. Die Vergleichbarkeit der Verhältnisse ist verloren gegangen. Deshalb wäre es kontraproduktiv, würde der DBB Bund für die Beamtinnen und Beamten in den Ländern und Kommunen eine einheitliche Gehaltsforderung erheben.

Zu der Gehaltsforderung des dbb niedersachsen für 2009 gab es in



Braunlage keine konkreten Aussagen der Vertreter der Landesregierung oder der sie tragenden Parteien. Ich wiederhole meine mehrfach geäußerte Kritik, dass es die Landesregierung versäumt hat, die Gehälter aller Beschäftigten 2008 im Verhältnis zu 2007 zu steigern. Der Wechsel vom Sockelbetrag im Jahre 2007 zur rein linearen Erhöhung 2008 hat zur Folge, dass die unteren Gehaltsgruppen, die Kolleginnen und Kollegen, die den Schluck aus der Pulle am nötigsten haben, dieses Jahr ein geringeres Jahreseinkommen als 2007 erhalten. Wenn unser Ministerpräsident um Nachsicht für Topmanager bittet, die trotz einer Bruchlandung riesige Gehaltssummen erhalten, dann erwarte ich, dass er sich genauso klar und

eindeutig für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausspricht, ihre Leistungen zur Sicherung dieses Landes würdigt und sie nicht vergisst. Während es nicht wenige Topmanager in Deutschland gibt, die über keinerlei Steuermoral verfügen, entrichten unsere Kolleginnen und Kollegen ihre Abgaben. Ich habe kein Verständnis, sich schützend vor Manager zu stellen, die dieses Land an den Rand des Ruins geführt haben, aber keinerlei Anstalten zu machen, die Leistungen der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuerkennen. Ich fordere soziale Kompetenz!

Drei Folgerungen sind aus den Erfahrungen der letzten Wochen zu ziehen:

Erstens wird die Rückführung der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte auf 0 auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden müssen. Das stelle ich mit großem Bedauern fest, weil ich dieses Ziel für außerordentlich wichtig halte. Das Ziel wird nicht verfehlt, weil die Politik versagt hat, sondern weil verantwortungslose Wirtschaftsbosse ihre Profitgier allen anderen Zielen übergeordnet haben. Die gewissenhafte Ausübung wirtschaftlicher Macht erfordert auch soziale Kompetenz. Leider muß ich feststellen, dass diese Fähigkeit zunehmend verloren gegangen ist. Manager haben Leistungsprämien und Zulagen für Arbeiten erhalten, die ihr Unternehmen in den Ruin trieben. Die Menge der verkauften Produkte war entscheidend, nicht deren Wert. Der Leistungsbegriff hat hier einen kaum für möglich gehaltenen Wandel erlebt. Quantität wurde zum Maßstab, nicht die Qualität. Dem öffentlichen Dienst wird gerne vorgehalten, er arbeite nicht leistungsbezogen, er solle sich ein Beispiel an der Wirtschaft nehmen. Ich bin stolz, dass sich der öffentliche Dienst kein Beispiel an der Wirtschaft genommen hat. Der öffentliche Dienst benötigt keine weiteren Leistungselemente, denn er besitzt diese bereits mit den Beförderungsmöglichkeiten. Diese deutlich zu erhöhen, ist die beste Leistungsanerkennung. Die Banken- und

Der Landesvorsitzende - Angemerkt...

Finanzkrise muß das grundsätzliche Überdenken des Leistungsbegriffs zur Folge haben. Der öffentliche Dienst, nicht die private Wirtschaft ist aufgrund der gemachten Erfahrungen beispielgebend.

Zweitens muß man sich gründlich überlegen, ob ein Neuverschuldungsverbot in die Verfassung aufgenommen werden sollte. Es wird immer wieder unvorhersehbare Ereignisse geben, denen ohne Neuverschuldung nicht begegnet werden kann. Die Finanzverfassung kennt bereits jetzt Verschuldensobergrenzen. Ein verantwortungsbewusster Umgang der Politikerinnen und Politiker mit den Ressourcen würde also ausreichen. Aber wahrscheinlich haben die Politiker, die das Neuverschuldungsverbot fordern, kein Vertrauen in den verantwortungsbewussten Umgang ihrer Kolleginnen und Kollegen mit den Staatsgeldern. Und leider gibt ihnen die Vergangenheit Recht. Trotz dieser sicher negativen Erfahrungen muß sich der Staat aber seine Handlungsfähigkeit erhalten. Er läuft sonst Gefahr, illiquide zu werden mit verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft.

Drittens bleibt die bittere Feststellung, dass wir Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt bleiben, trotz des Urteils des Verwaltungsgerichtes Braunschweig. Bezüglich unserer Forderungen für das Jahr 2009 vertröstet uns die Politik, zunächst müssten die Tarifverhandlungen abgewartet werden, dann wolle man weitersehen. Diese Worte lassen nicht den Schluss zu, die Politik wolle zur amtsangemessenen Alimentation zurückkehren. Uns bleibt also zunächst nur der Rechtsweg, um unsere berechnete Forderung durchzusetzen. Eine lange Strecke liegt vor uns. Von einer gleichberechtigten Partnerschaft von Dienstherrn und Beamtenbundgewerkschaften entfernen wir uns immer weiter, weil den Beamtinnen und Beamten so gut wie keine Kampfinstrumente zur Verfügung stehen. Hier muß der DBB an einer Rechtsfortentwicklung arbeiten, um zu einer „Waffengleichheit“ zu gelangen. Es handelt sich um eine Grundsatzfrage, denn die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums müssen fortentwickelt werden. Dies ist ein großes und lohnenswertes Ziel des DBB Bund, eine länderübergreifende Aufgabe, eine Zuständigkeit, die dem Bund und damit auch dem DBB Bund erhalten geblieben sind. Um das Ziel der Waffengleichheit zu erreichen, werden wir einen langen und dornenreichen Weg beschreiten müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele große Aufgaben liegen noch vor uns. Wir benötigen Kraft, Ausdauer und Ihre Unterstützung auch im kommenden Jahr. Ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und für 2009 Gesundheit, Frieden und viel Glück.

Ihr



Aus dem Bezirkspersonalrat

Diesjährige Informationstour des Bezirkspersonalrates (Land) beendet

Wie in jedem Jahr hat der Bezirkspersonalrat (Land) auch in diesem Jahr drei Bezirkstagungen in der Zeit von Ende Oktober bis Mitte November 2008 durchgeführt. Die Bezirkstagungen dienen dazu, aus der Arbeit des Bezirkspersonalrates des vergangenen Jahres zu berichten, aktuelle Informationen zu geben und die Fragen der örtlichen Personalvertretungen zu diskutieren.

Der Startschuss für die Bezirkstagungen wurde in diesem Jahr am 30. Oktober 2008 in Edewecht-Friedrichsfehn gegeben, es folgte am 05. November 2008 die Bezirkstagung in Freden (Leine) in der Nähe von Alfeld, und den Abschluss bildete die Veranstaltung in Amelinghausen. Insgesamt nahmen ca. 200 Mitglieder der Personalratsvertretungen und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen teil.

Bei allen drei Bezirkstagungen konnten die Mitglieder des Bezirkspersonalrates auch Mitglieder des Hauptpersonalrates (Steuer) beim Niedersächsischen Finanzministerium begrüßen. In Amelinghausen war der Hauptvertrauensmann der schwerbehinderten Menschen, Dr. Thorsten Eichenauer ebenfalls anwesend. Nach guter alter Sitte erhielt zunächst die Vorsitzende des Hauptpersonalrates (Steuer) die Gelegenheit, aus der Arbeit des Hauptpersonalrates zu berichten. Veronika Deppe machte Ausführungen zu dem Gesetzentwurf über die unterhältige Teilzeit, welcher hoffentlich vom Kabinett im Dezember auf die



Teile des BPR und Vertreter der OFD

Aus dem Bezirkspersonalrat

Tagesordnung gesetzt, beraten und verabschiedet werden wird. Mit Verkündung wird das Gesetz dann wirksam. Das zweite Thema war die Verordnung über die Gewährung eines Zuschlages zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit, die es seit dem 14. Oktober 2008 gibt (Nds GVBl. Nr. 20/2008 S. 324). Dieser Zuschlag beträgt 4 % der Dienstbezüge, die begrenzt Dienstfähige erhalten würden, mindestens jedoch 180,- Euro. Werden die Dienstbezüge jedoch anteilig der Vollzeitbeschäftigung gewährt, weil diese höher sind als die erdienten Versorgungsbezüge, so verringert sich der Zuschlag um den Unterschiedsbetrag.

Weiterhin berichtete die Kollegin Deppe, dass geplant sei, ab 2010 die Einstellungszahlen für Anwärter erheblich anzuheben und in dem Jahr des doppelten Abiturjahrgangs 2011 auch die Einstellungszahlen zu verdoppeln. Ihre weiteren Ausführungen betrafen das Thema EOSS bzw. KONSENS I. Dieses Verfahren soll in Niedersachsen erstmals für den Veranlagungszeitraum 2010 anzuwenden sein. Bevor die Vertreter der Verwaltung zu den von den Personalvertretungen der einzelnen Finanzämter eingereichten Zweifelsfragen Stellung nahmen, erfolgten einige Ausführungen zur Personalbedarfsberechnung und -zuweisung 2008 und zur Dienstpostenbewertung. Auch erhielten die Arbeitnehmervertreter im Bezirkspersonalrat Gelegenheit, ihren Tätigkeitsbericht abzugeben.

Die teilnehmenden Personalvertretungen aller Bezirkstagungen hatten im Vorfeld einen bunten Strauß an Zweifelsfragen an die Verwaltung gestellt. Diesen Fragen stellten sich Herr Oberfinanzpräsident Franke, der Personalgruppenleiter Herr Henke sowie Herr Finanzpräsident Dr. Hasselmann und der Personalreferent für den höheren Dienst Herr Böttger. Der Zeitrahmen für die Beantwortung der zahlreichen Fragen war ziemlich eng gesteckt. In der Zeit von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr wurden Fragen zu den Beförderungsrichtlinien, Reisekosten, Wegstreckenentschädigung, zu der Dienstpostenbewertung, Bewertung von Arbeitsplätzen und zur Nutzung von mobilen Datenträgern beantwortet. Aber auch Themen wie Gesundheitsmanagement, Telearbeitsplätze und psychologische Beratung in den Finanzämtern wurden behandelt.

Im Zusammenhang mit Fragen zu den neuen Beförderungsrichtlinien äußerten die Vertreter der Verwaltung, dass - wie auch bisher - im neuen System eine Absenkung der Beurteilung nach erfolgter Beförderung durchaus möglich sei. Die Absenkung wird grundsätzlich dann vorgenommen, wenn das Anforderungsprofil an die/den zu Beurteilende/n steigt, weil sie/er sich im landesweiten Vergleich mit den Kolleginnen und Kollegen in einer höheren Besoldungsgruppe vergleichen lassen muss. Eine Absenkung ist aber nicht in jedem Fall vorzunehmen; ebenfalls möglich ist eine Einstufung in die bisher vergebene Rangstufe. Die Kritik der Personalvertretungen an den z. Zt. gültigen Voraussetzungen für die Zulassung zum Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst fand die Zustimmung der Vertreter der Verwaltung. Gute Beurteilungen im Eingangsammt A 6 BBesO sollten grundsätzlich für die Zulassung zum Aufstieg ausreichen; hier ist das Niedersächsische Finanzministerium gefordert. Darüber hinaus vertrat Herr Henke die Auffassung, dass auch der Verwendungsaufstieg zumindest im Hinblick auf die Anzahl der möglichen Aufstiege zu überdenken sei.

Die Personalvertreter konnten weiterhin erfahren, dass das Projekt Telearbeit kurz vor dem Abschluss stehe. Sollten die jetzt angeforderten Berichte aus den einzelnen Pilotämtern positiv ausfallen, wird die Telearbeit ggf. auch in größerem Umfang angeboten werden können. Die abgegebenen Statements des OFP und des FP beschäftigten sich mit der Zukunft der Finanzverwaltung, hier insbesondere mit der Einführung des Verfahrens EOSS bzw. jetzt KONSENS I. Dieses bayrische Verfahren, weiterentwickelt aufgrund der Ergebnisse einer Differenzanalyse der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ist nach dem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom Mai 2008 auch in Niedersachsen in einer ersten Stufe einzuführen, um dann gemeinsam mit den anderen Ländern nach KONSENS II zu migrieren. Geplant ist, dass ab 01.01.2011 bundeseinheitlich gearbeitet wird. Viele unserer Verfahren werden wir danach weiter nutzen können; ohne Schulungen wird ein Umstieg auf das neue Verfahren jedoch nicht möglich sein. Daher sollen ab Mitte des Jahres 2010 Schulungen in großem Umfang stattfinden.

Die Statements des OFP und des FP beschäftigten sich aber auch mit der Zukunft der OFD. Hier hatte im vergangenen Jahr eine Prüfung durch den Landesrechnungshof stattgefunden; die Ergebnisse aus dieser Prüfung sind noch nicht endgültig in einem Bericht niedergelegt. Z.Zt. befindet sich die OFD in einer Prüfung durch die vom Niedersächsischen Finanzministerium beauftragte Firma Price Waterhouse Coopers. Diese Prüfung wird ggf. Schwachstellen aufdecken, so dass die OFD in der Zukunft auch Veränderungen

Aus dem Bezirkspersonalrat

hinnehmen muss. Die Finanzämter sind von dieser Prüfung nicht betroffen.

Am Nachmittag einer jeweiligen Bezirkstagung gaben die Kollegen der Stabstelle für das Personalmanagementverfahren (PMV) eine Einführung in dieses neue Verfahren. Die Personalräte erhalten einen Zugriff auf dieses Verfahren und können zukünftig elektronisch die Rangfolgenummern der Kolleginnen und Kollegen des jeweiligen Finanzamtes abfragen.

Zum Schluss der Veranstaltungen hatten die Jugend- und Auszubildendenvertretung im BPR Ute Wellkamp und die Bezirksvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen Axel Kreklow noch die Gelegenheit, ihre Berichte vorzustellen. Axel Kreklow's Bericht beschäftigte sich mit der Einführung und Durchführung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM). Vorrangig in der letzten Bezirkstagung in Amelinghausen entsprang zu diesem Thema eine recht umfassende Diskussion, die zeigte, dass auch bei der formalen Umsetzung des BEM in den Finanzämtern unterschiedliche Auffassungen bestanden.

Keine Ausführungen konnten die Personalvertretungen in diesem Jahr zum Thema Scanner hören. Hierzu werden wir ggf. im nächsten Jahr eine Menge berichten können. Ab Ende November/Anfang Dezember 2008 werden die Scanner in den Finanzämtern Hannover-Land II, Braunschweig-Wilhelmstraße und Göttingen im Echtbetrieb getestet. Wir sind gespannt auf die ersten Ergebnisse.

Uschi Japtok, Bezirkspersonalrat (Land)

Aus den Bezirksausschüssen

Erstes Treffen des Bezirksausschussvorstandes Oldenburg

Der neue Vorstand des Bezirksausschuss Oldenburg hat sich am 20.11.2008 im Finanzamt Vechta zu einer ersten Sitzung getroffen.

Unter der Leitung des Vorsitzenden Thorsten Balster wurden u. a. die Aufgaben als Ansprechpartner für die Ortsverbände neu verteilt. Alle Vorstandsmitglieder werden in den nächsten Wochen zu den ihnen zugesprochenen Ortsverbänden Kontakt aufnehmen.

Die stellvertretende Vorsitzende, Marlies Peters, nimmt die Aufgaben der Geschäftsführung wahr. Dazu gehört u. a. die Organisation von Bezirksversammlungen.



Bei der Vorstandsarbeit: Sonja Paetsch (mit Tochter Hanna) und Thorsten Balster

Aus den Ortsverbänden

Ortsverband Osterholz-Scharmbeck unter neuer Leitung

Am 19. November 2008 wurde im Finanzamt Osterholz-Scharmbeck der neue Vorstand des DSTG-Ortsverbandes gewählt.

Nach erfolgter Entlastung des Kassenswartes und des bisherigen Vorstandes erfolgte die Wahl der einzelnen Vorstandsmitglieder in jeweils getrennten Wahlgängen. Es wurden gewählt:

Zum ersten Vorsitzenden:	Tobias Borchering
zur Stellvertreterin:	Meike Rieckmann
zur Kassensführerin:	Jutta Stöhr
zur Jugendvertreterin:	Susanne Pflegshörl-Tronnier
zur Frauenvertreterin:	Inge Löffler

Wir gratulieren dem neuen Vorstand des Ortsverbandes Osterholz-Scharmbeck recht herzlich und wünschen viel Erfolg und viel Spaß bei der neuen Aufgabe.



Neuwahlen bei den DSTG Frauen



Am 17. November 2008 fand die diesjährige Sitzung der niedersächsischen DSTG-Frauenvertreterinnen in Hannover statt. Angelika Podschadly, Henriette Schmagier und Angelika Diedrich konnten wieder viele interessierte Frauen aus ganz Niedersachsen sowie den DSTG-Landesverbandsvorsitzenden Dr. Thorsten Eichenauer und die Vorsitzende des Hauptpersonalrats (Steuer) Veronika Deppe begrüßen.

Viele Frauen hatten Fragen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.06.2008 hinsicht-

lich des Teilzeit-Versorgungsabschlags an die Frauenvertretung herangetragen. Mit Herrn Ritter vom NLBV (Niedersächsisches Landesamt für Bezüge und Versorgung) konnte für die DSTG-Frauen ein kompetenter Referent zu diesem Thema gewonnen werden. Vom Urteil zum Teilzeit-Versorgungsabschlag sind nur Kolleginnen und ein paar Kollegen betroffen, die schon pensioniert sind und zwischen dem 01.08.1984 und dem 31.12.1991 beurlaubt waren oder Teilzeit gearbeitet haben. In noch nicht abgeschlossene Rechtsbehelfsverfahren wird die Versorgung vom NLBV automatisch neu festgesetzt. Bereits bestandskräftige Versorgungsfestsetzungen können **AUF ANTRAG** rückwirkend ab 18.06.2008 neu festgesetzt werden. Das NLBV ist aus technischen Gründen nicht in der Lage, die betroffenen Frauen in der Datenverwaltung zu suchen und zu finden. Deshalb wird mit einer der nächsten Bezügeblätter eine Information über die Antragsmöglichkeit beigelegt. Die Antragstellung ist nicht befristet. Die anderen 3 Formen von Versorgungsabschlägen, die erfolgen, wenn jemand vor Erreichen der Altersgrenze die Verwaltung verlässt, sind verfassungsgemäß. Weitere Informationen auch zu anderen Themen sind auf der Internetseite des NLBV www.nlbv.niedersachsen.de zu finden.

Dr. Thorsten Eichenauer und Veronika Deppe gaben einen Überblick über die aktuelle Arbeit des Landesvorstandes und des HPR. Beide bedauerten, dass nicht noch mehr Kolleginnen und Kollegen aus den Finanzämtern ihre privaten Termine kurzfristig verschieben konnten. Dennoch habe die DSTG mit den Abordnungen aus den Finanzämtern einen großen Anteil der 3000 Demonstranten gestellt. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen hätten damit geholfen, den politischen Druck auf die Abgeordneten und auch auf den Finanzminister und den Ministerpräsidenten zu erhöhen. Dafür vielen Dank.

Nach dem Landesverbandstag wird alle 4 Jahre auch die Frauenvertretung der DSTG Niedersachsen neu gewählt. Henriette Schmagier stellte sich nach nunmehr 16 Jahren engagierter Frauenarbeit nicht mehr zur Verfügung. Angelika Podschadly bedankte sich mit einer Träne im Augenwinkel für die jahrelange gute Arbeit. Mit der Kollegin Kerstin Rhode-Fauerbach stellte sich eine motivierte Kollegin als Nachfolgerin zur Wahl. Sie wird als Steuerfahnderin nun auch die Interessen des Außendienstes aktuell in die Arbeit der Frauenvertretung einbringen können.

Die Versammlung der Frauenvertreterinnen wählte Angelika Podschadly (FA Buchholz - im Foto rechts) zur DSTG-Landesfrauenvertreterin sowie Angelika Diedrich (FA Herzberg - im Foto links) und Kerstin Rhode-Fauerbach (FAFuSt Oldenburg - im Foto Mitte) zu ihren Stellvertreterinnen.

Die lebhaften und engagierten Diskussionen auf dieser Versammlung haben wieder gezeigt, dass eine Frauenvertretung wichtig ist und sich die Arbeit lohnt. Wir freuen und auf die nächsten 4 Jahre mit euch!

Angelika Diedrich



Seniorenstammtisch beim Finanzamt Vechta

Wir vom Ortsverband Vechta haben in diesem Jahr erstmals einen „Seniorenstammtisch“ initiiert, zu dem Ende Oktober sieben Pensionäre eingeladen wurden. Maßgebend ist hier nicht das Lebensalter sondern die Dauer der Zugehörigkeit zu der deutschen Steuergewerkschaft gewesen. Die geladenen Kollegen sind alle 50 Jahre und länger Mitglied in unserem Verband.

Eingeladen waren:

Hubert Ellers,	60 Jahre
Otto Schöne	58 Jahre
Friedel Gellhaus	58 Jahre
Wilhelm Themann	55 Jahre
Carl Unkraut	55 Jahre
Herbert Bojert	52 Jahre
Harald Cöster	51 Jahre

Leider konnte der „Hauptjubilär“ Hubert Ellers krankheitsbedingt nicht an diesem Treffen teilnehmen. Sonst aber waren alle am Nachmittag des 28. Oktobers in das Finanzamt Vechta gekommen. Im Sitzungszimmer des Vorstehers war von unseren Vorstandsdamen eine kleine Kaffeetafel eingedeckt worden.

Begrüßt wurden die Gäste von unserem Vorsitzenden Thorsten Balster. Nach dem Genuss

von Kaffee und selbst gebackenem Kuchen hat unser Vorsteher, Herr Dornieden, anhand von einigen Schaubildern unser Finanzamt vorgestellt, so wie es sich jetzt präsentiert und wie es jetzt strukturiert ist. Ebenso angesprochen wurden die Zuständigkeit und das Steueraufkommen unserer Behörde sowie die Personalsituation in unserem Hause.

Hatten zu Beginn der Veranstaltung noch die im Sitzungszimmer aufgereihten Bilder der ehemaligen Vorsteher des Finanzamts Vechta für Gesprächsstoff gesorgt, war es zum Schluss der Geschäftsverteilungsplan von 1961, der alte Erinnerungen wieder aufleben ließ und für manch lustige Anekdote sorgte.

Alle waren sich einig, dass so ein Zusammentreffen keine einmalige Angelegenheit bleiben sollte. Wünschenswert seien regelmäßige Treffen um in geselliger Runde ein paar vergnügliche Stunden verbringen zu können. Wir arbeiten dran.



Vorne v.l.: Friedel Gelhaus, Wilhelm Themann, Carl Unkraut
Mitte v.l.: Harald Cöster, Herbert Bojert, Otto Schöne
Hinten v.l.: Vorsteher Herr Helmut Dornieden, Vorsitzender Thorsten Balster, Vorstandsmitglied Karl-Heinz Gossel

Karl-Heinz Gossel, Ortsverband Vechta

AKTUELLES - Kurz notiert:

Aufwendungen für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel

Auf Antrag wird für Aufwendungen für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, die ab dem 1. Januar 2007 entstanden sind bzw. künftig entstehen, Beihilfe gewährt, soweit sie zusammen mit den Eigenbehalten nach § 12 Abs. 1 BhV die Belastungsgrenze nach § 12 Abs. 2 BhV übersteigen.

Berücksichtigungsfähig sind dabei ausschließlich ärztlich

verordnete, medizinisch notwendige und angemessene Arzneimittel, zu denen es keine oder nur eine für die Patientin oder den Patienten unverträgliche verschreibungspflichtige Alternativmedikation gibt. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen im konkreten Einzelfall ist von den Beihilfeberechtigten durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen

Die niedersächsische Regelung

sieht die Gewährung von Beihilfe vor, wenn diese Aufwendungen **zusammen mit den zu tragenden Eigenbehalten** die Belastungsgrenze von 2 % bzw. bei chronisch Kranken 1 % des Brutto-Jahreseinkommen übersteigen.

Der Bund sieht für seine Beamten in diesem Fall schlechtere Regelungen vor.

Tarifverhandlungen zum Entgelt im Jahre 2009 - notfalls Streik?

Wie Sie alle wissen, werden im Jahr 2009 Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten in den Ländern - und mithin auch für die Beschäftigten in der niedersächsischen Steuerverwaltung - zu führen sein.

Arbeitskampf im Allgemeinen und Streik im Besonderen sind Mittel der tarifpolitischen Auseinandersetzung. Die Begriffe Tarifpartnerschaft und Arbeitskampf markieren die Pole, zwischen den Tarifverhandlungen stattfinden. Obwohl die Tarifparteien - Gewerkschaften auf der einen und Arbeitgeber auf der anderen Seite - mitunter gegensätzliche Ziele verfolgen, bezeichnen sie sich als Partner. Die **dbb tarifunion** nimmt dieses gewachsene Prinzip der tarifpartnerschaftlichen Verhandlungsführung sehr ernst.

Und dieses aus gutem Grund:

Die dbb tarifunion führt Tarifverhandlungen stets konsensorientiert. Gleichzeitig sind Streit- und Streikbereitschaft unerlässlich zur Durchsetzung tarifpolitischer Forderungen. Kommt es zu einem Arbeitskampf, sind jedoch rechtliche Aspekte zu beachten.

Entgegen landläufiger Auffassungen und Befürchtungen ist ein Streik ein durchaus geordnetes und geregeltes Verfahren. Er folgt festen Spielregeln und ist in der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik als Teil der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer unbedingt vorgesehen.

Tarifverhandlungen sind nichts anderes als die konsequente Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Dies geht nicht ohne die Möglichkeit einer letzten Konsequenz. Fehlte das Recht auf Streik, wären Arbeitnehmerinteressen nicht wirksam zu vertreten. Fehlt jedoch die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen, für ihre eigenen Interessen einzutreten, gilt dasselbe. Um dem Einzelnen mögliche Ängste auf dem Weg vom Arbeitsplatz zum Streikzelt zu nehmen, hat die dbb tarifunion einige Kernpunkte zum Thema Streik zusammengefasst.

Eine kürzlich auf unserer homepage (www.dstgnds.de) unter "Tarifbereich Aktuell" im geschützten Mitgliederbereich eingestellte Kurzinfo soll dazu dienen, den Beschäftigten die wichtigsten Fragen vor und während eines Arbeitskampfes zu beantworten.

An dieser Stelle möchte ich vorab auf eine Passage dieser Kurzinfo hinweisen, die insbesondere für die nicht gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten von großem Interesse sein könnte:

Was passiert eigentlich, wenn z.B. in der Steuerverwaltung gestreikt wird?

Wer meint, das ist ausgeschlossen, der irrt. Im Jahre 2006 wurde im Saarland für die Beschäftigten im Landesdienst ein landesweiter Streik ausgerufen. Auch die Steuerverwaltung wurde bestreikt. An diesem Streik waren über 80 Tarifbeschäftigte der Steuerverwaltung beteiligt. Dieser Streik dauerte mehr als 13 Wochen!!!

Erhalte ich mein Entgelt weiter?

Der Arbeitnehmer, der an einem Arbeitskampf teilnimmt und deswegen seine Arbeitsleistung einstellt, hat für diese Zeit keinen Anspruch auf Entgelt. Dies gilt auch für (nicht gewerkschaftlich organisierte) Arbeitswillige, die infolge der Arbeitskampfmaßnahmen in ihrem Betrieb nicht beschäftigt werden können.

Während einer rechtmäßigen Dienststellenschließung/Aussperrung durch den Arbeitgeber muss ebenfalls kein Entgelt an die Betroffenen gezahlt werden.

Die Gewerkschaften zahlen für ihre Mitglieder als Ausgleich Streikgeld.

Weitere Antworten zu Kernpunkten zum Thema Streik können in der Kurzinfo nachgelesen werden.

Reiner Küchler, DSTG Tarifbereich

Gespräch mit Vertretern der Landtagsfraktion "Die Linke"

Das erste Gespräch zwischen Vertretern der DSTG Niedersachsen und der Fraktion DIE LINKE fand am 08. Oktober 2008 am Rande der 18. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages statt. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Manfred Sohn und Jens-Uwe Rössel begrüßten den Vorsitzenden der DSTG Niedersachsen Dr. Thorsten Eichenauer und seine Stellvertreter Günther Abeling, Veronika Deppe und Uschi Japtok um 19.00 Uhr in den Räumen der Fraktion.

Dr. Manfred Sohn stellte zu Beginn des Gespräches heraus, dass ihm der Kontakt zu den Vertretern der Beschäftigten in der Einnahmeverwaltung sehr wichtig sei. Ihm sei sehr daran gelegen zu erfahren, was in den Finanzämtern los sei und wie dort gearbeitet werde.

Im Rahmen der Vorstellung der Ziele seiner Partei machte Dr. Sohn deutlich, dass das Erreichen nachhaltig höherer Steuereinnahmen ein wichtiges Ziel sei.

Er verwies auf einen Antrag der Fraktion vom 30.09.2008, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, eine Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung der Vermögensteuer, - die gerechte Besteuerung großer Erbschaften und die gerechtere Ausgestaltung der Körperschaftsteuer zu ergreifen.

Die DSTG'ler machten deutlich, dass die von ihnen vertretenen Kolleginnen und Kollegen diejenigen seien, die - sollte es beispielsweise zu einer Wiedereinführung der Vermögensteuer kommen - die Arbeit in den

Finanzämtern zu leisten hätten. Durch ein u.a. kontinuierlich komplizierteres Steuerrecht ist die Mehrarbeit vor Ort mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu schaffen.

Die Beschäftigten, die bei ständigem Personalrückgang versuchen, der Arbeit Herr zu werden, erhalten hierfür keine Gegenleistung.

Gehaltssteigerungen fallen dem zu sanierenden Haushalt zum Opfer; nach Wegfall der Sonderzuwendungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) und weiteren Verschlechterungen wie z.B. in der Beihilfe haben die Beschäftigten in der Steuerverwaltung im Jahre 2008 nicht einmal den Einkommensstandard des Jahres 2002 erreicht.

Dr. Eichenauer machte - wie auch in den Gesprächen mit den anderen Fraktionen - deutlich, dass das Realeinkommen des Jahres 2008 der Kolleginnen und Kollegen in den unteren Besoldungsgruppen gegenüber dem Einkommen 2007 gesunken sei, weil die im Jahre 2007

gewährte Einmalzahlung in 2008 nicht wieder gewährt worden ist.

Die Vertreter der DSTG sprachen ebenfalls die langen Beförderungswartezeiten an. Weiterhin wurde der Personal-mangel im Tarifbereich vorrangig für die Bereiche Botenmeisterei und Telefonzentrale angesprochen. Dr. Sohn zeigte sich erstaunt, dass z.T. Beschäftigte des mittleren Dienstes in diesen Bereichen inzwischen tätig seien. Nach seiner Auffassung wird hier nicht nach wirtschaftlichen Grundsätzen gehandelt.

Angesprochen wurde auch die Notwendigkeit, in den nächsten Jahren erheblich mehr Anwärter einzustellen. Ohne erhöhte Einstellungsquoten ist die Bestandserhaltungsquote nicht annähernd zu erreichen.

Der Fraktionsvorsitzende sagte zu, sich im Rahmen der Möglichkeiten, die eine Oppositionsfraktion im Niedersächsischen Landtag hat, für die Belange der Beschäftigten der niedersächsischen Steuerverwaltung einzusetzen.



Von links: Veronika Deppe, Dr. Thorsten Eichenauer, Dr. Manfred Sohn (Fraktion Die Linke), Uschi Japtok und Günther Abeling

Seminar KONSENS

Die dbb-Akademie hatte für den Zeitraum 23. - 25 Oktober 2008 diesmal in Berlin ein dreitägiges Seminar zum Themenkomplex „KONSENS“ angeboten.

Der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler, Vorsteher des Finanzamtes Stuttgart III und damit auch in der Praxis mit dem Seminarthema konfrontiert, konnte zu diesem Seminar HPR- und BPR-Mitglieder aus fast allen Bundesländern begrüßen. Aus Niedersachsen nahmen die HPR-Vorsitzende Veronika Deppe und die stellvertretende BPR-Vorsitzende Uschi Japtok teil.

Die Themenblöcke in dem Seminar beschäftigten sich mit den KONSENS-Verfahren SESAM, BIENE, GINSTER/LUNA, Risiko-Management-Systeme und ELFE sowie mit dem KONSENS-Projekt „Elektronische Kapitalertragsteueranmeldung ab 01.01.2009 (Abgeltungssteuer)“.

Da nur wenige Teilnehmer erstmalig dieses Seminar besuchten, war die Einführung in das Thema KONSENS relativ kurz. Es wurde wiederum deutlich, dass KONSENS nicht alle Länderbesonderheiten im Rahmen der Entwicklung berücksichtigt, die unabwiesbaren Besonderheiten aber sehr wohl auch in die einzelnen Verfahren integriert werden. Nach dem Beschluss der Finanzminister-Konferenz (FMK) vom 06.12.2007 ist das Budget für KONSENS erhöht worden. Da der Bund ab dem Jahr 2007 jährlich zusätzlich einen erfolgsabhängigen Zuschuss zu den Entwicklungskosten des Vorhabens KONSENS leistet und dieser an den Fortschritt des produktiven Einsatzes einheitlicher Software in den Ländern geknüpft ist, werden jährlich von Bund und FMK gemeinsam Kriterien festgelegt, die die Länder zu erfüllen haben.

Da der Einsatz des Scanners in Niedersachsen kurz bevor steht, waren die Ausführungen zum Verfahren SESAM für die Niedersachsen besonders interessant. SESAM (**S**teuer-**E**rklärungen **S**cannen, **A**rchivieren und **M**aschinell bearbeiten) setzt sich aus den Komponenten SteuBel (steuerliche Beleglesung) und Claudia (Datenplausibilität) zusammen. Einige der anwesenden DSTG-Vertreter aus den verschiedensten Bundesländern erklärten, dass sie zwar das Scannerverfahren inzwischen zumindestens im Piloten einsetzen, hier aber auf die Komponente Claudia verzichtet haben. In Niedersachsen wird zunächst Claudia ebenfalls nicht eingesetzt werden, da befürchtet wird, die Erfassung der ersten Seite der Steuererklärung im Scannerverfahren könnte zu einer enormen Fehlerquote führen. Allein eine falsche Erfassung der Kontonummer würde sicherlich nicht zur Freude der Steuerpflichtigen reichen. Ob diese Erfassung zu einem späteren Zeitpunkt im Modul Claudia erfolgen wird, ist bisher nicht entschieden. Der Referent aus Baden-Württemberg vertrat hingegen die Auffassung, SESAM sei ein Gesamtsystem. Daher dürfe man nicht einen Baustein herausbrechen. Tatsächlich konnten wir seinen Ausführungen entnehmen, dass die über Claudia eingescannten Daten auch in das Programm GINSTER (**G**rundinformationsdienst **S**teuer) einfließen und so z.B. bei der Erfassung ein automatischer Adressabgleich mit dem Adressbuch der Post (PLZ) stattfindet.

Die Vorstellung des KONSENS-Projektes „Elektronischen Kapitalertragsteueranmeldung ab 01.01.2009“ verdeutlichte, dass Voraussetzung für eine Abgeltung der einbehaltenen Steuern und damit der Verzicht auf Angaben in der Einkommensteuererklärung erst dann möglich ist, wenn auch der Antrag auf Einbehaltung der Kirchensteuer bei dem Vermögensinstitut gestellt wurde. Im neuen Verfahren sollen die Anmeldungen von dem jeweiligen Anlageinstitut elektronisch über ELSTER-Portal abgegeben werden, der Finanzverwaltung obliegt die Verwaltung der Aufkommensart „KiSt aus KapErSt-Anmeldungen“ (Erhebung) und spätere Überweisung für die Länder auf zentrale Konten der bis zu 17 Religionsgemeinschaften.

Die weiteren Referate über die Verfahren BIENE, Risikomanagementverfahren und GINSTER/LUNA zeigten allen Teilnehmer/innen, dass innerhalb eines Jahres eine Menge passieren kann. Im Verfahren BIENE arbeiten die Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen u.a. gerade an dem Projekt Tagesabschluss. Für das nächste Jahr ist geplant, einige Kriterien durch die FMK abnehmen zu lassen.

Der „Fragebogen zur steuerlichen Erfassung“ wird in Nordrhein-Westfalen und Hessen in 2009 pilotiert werden und auch im Bereich der Umsatzsteuer sind Fortschritte gemacht worden. Die NEPOMUK-Version 2.0 setzt programmtechnisch Erlerntes erstmalig ein.

Eine Pilotierung ist für den Bereich Kontrollmitteilungsverfahren im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Die elektronische Bilanz wird allerdings in absehbarer Zeit nicht zum Einsatz kommen. Alle Referenten machten auch Ausführungen zu dem bayrischen Verfahren EOSS/KONSENS I und

Aus dem Landesvorstand

diskutierten die Fragen der Teilnehmer/innen ein.

Wir konnten zum wiederholten Male feststellen, dass dieses Seminar außerordentlich hilfreich ist bei der täglichen Arbeit im Projekt KONSENS. Auch der Austausch mit den Vertretern/innen der einzelnen Bundesländer hilft Probleme bei der Umsetzung zu lösen oder sogar zu vermeiden. Am Ende des Seminars waren wir einstimmig der Auffassung: „Das Update war sehr erfolgreich!“

*Uschi Japtok und
Veronika Deppe*



Aus dem Finanzsport

Niedersachsen erfolgreich beim 33. Deutschlandturnier in Würzburg

Beim diesjährigen Turnier ist Niedersachsen mit 87 Sportlerinnen und Sportlern an den Start gegangen. Schon beim Einmarsch konnten alle Zuschauer und Teilnehmer erkennen, dass die Niedersachsen sehr stark vertreten waren. Das zeigte sich dann auch bei den Wettkämpfen. **2x Silber und 1x Bronze konnten gewonnen werden.** Die Volleyballmannschaft aus Nienburg musste sich als Gruppensieger nach spannenden Achtel-, Viertel- und Halbfinalspielen erst im Entscheidungssatz im Finale den Hamburgern geschlagen geben. Das ganze Turnier über herrschte eine super Stimmung und ca. 500 Zuschauer bejubelten beide Mannschaften nach einem packenden Endspiel.

Das zweite Silber gewann **Gerd Höstje aus Westerstede** beim Bowling in der Einzelkonkurrenz. Erst im Endspiel musste er sich dem Profi D. Lippmann aus Düsseldorf bei den letzten Würfeln geschlagen geben.

Auch die Bowling Mannschaft

aus Westerstede belegte einen hervorragenden 4. Platz.

Eine besonders hervorzuhebende Leistung schafften die Kolleginnen **Martina Nühning aus Nienburg** und **Andrea Wahlers aus Verden im Tischtennis**. Obwohl die dritte Spielerin fehlte, gelang es den beiden in der **Mannschaftswertung Bronze** zu erkämpfen.

Die **Fußballer aus Bad Bentheim** hatten in der Gruppenphase etwas Pech und verpassten nur knapp die Endrunde. Dafür wurde am nächsten Tag in der Trostrunde ein sehr guter erster Platz erreicht. Das läßt für 2009 alle Optionen offen. Doch auch in allen anderen Sportarten wurden von den Sportlern aus Niedersachsen gute Ergeb-

nisse erzielt. Sehr oft fand man sich unter den ersten 10 wieder. Alle Ergebnisse sowie viele Bilder von dem Turnier können unter

www.deutschlandturnier2008.finanzgewerkschaft.de

eingesehen werden.

2009 geht es nach Rostock. Alle interessierten Sportlerinnen und Sportler melden sich bitte per mail bei **Bernd Borgfeld, FA Hannover-Nord**.

Ich würde mich freuen, wieder mit einem großen und gut gelaunten Team erfolgreich in Rostock dabei zu sein.

*Bernd Borgfeld, Ortsverband
Hannover-Nord*

Wir wünschen allen unseren Lesern
frohe Festtage und schon jetzt einen
guten Start ins neue Jahr 2009!

